

Brüssel, den 3. Dezember 2025  
(OR. en, de)

---

---

**Interinstitutionelles Dossier:**  
**2023/0265(COD)**

---

---

15611/25  
ADD 1 REV 2

TRANS 556  
CLIMA 543  
ENV 1239  
COMPET 1183  
CODEC 1850

## VERMERK

---

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Betr.: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/53/EG des Rates zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr  
– Allgemeine Ausrichtung

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine Erklärung der deutschen Bundesregierung für das Protokoll über die Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie).

**Erklärung der Bundesregierung zum Protokoll des Verkehrsministerrats am 04.12.2025**

zur Allgemeinen Ausrichtung zum Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 96/53/EG zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr in der Gemeinschaft sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr

Die Bundesregierung begrüßt den gefundenen Kompromiss und stimmt der Allgemeinen Ausrichtung zu. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Hauptziele, die Richtlinie zu vereinfachen und gleichzeitig die Einführung emissionsfreier Fahrzeuge zu unterstützen. Die Allgemeine Ausrichtung stellt die Förderung emissionsfreier Fahrzeuge deutlich heraus und berücksichtigt zugleich die Auswirkungen auf die Infrastruktur, da diese Fahrzeuge besondere technische Eigenschaften aufweisen. Aus unserer Sicht findet der Text in dieser Frage ein gutes Gleichgewicht.

Darüber hinaus gibt die Bundesregierung folgende Erklärung ab.

Hinsichtlich verlängerter Sattelkraftfahrzeuge mit einer Länge von 17,88 m ist es der Bundesregierung ein Anliegen, statt isolierter nationaler Lösungen eine europaweite Vereinbarung zu treffen. Mit Blick auf die Option, auf nationaler Ebene Shuttle-Verkehre mit verlängerten Sattelkraftfahrzeugen zuzulassen, ist es aus Sicht der Bundesregierung zentral, dass zusätzliche Anreize für Investitionen in emissionsfreie Fahrzeuge geschaffen werden.